

# Hörbar und gemeinsam

Über 82 Millionen Geflüchtete zählt das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen weltweit. Allein 200 Millionen Klimaflüchtlinge werden laut Schätzung der Weltbank 2050 auf dem Globus umherirren. Dem Glasgower Klimagipfel war diese Perspektive und ihre Folgen für die betroffenen Weltregionen allerdings nicht die Entscheidung einer ziel-führenden Bewältigungsstrategie wert. Mehr noch, konnten die von Klimamigration schon jetzt und erst recht in der Zukunft besonders betroffenen Entwicklungs- die Industrieländer nicht zu robusten Finanzausgaben für proaktive Strategien gegenüber dieser und anderer Klimaschadens-folgen bewegen.

So sind hier im Zuge absehbarer Massenelendsentwicklungen wohl auch neue lukrative Geschäftsmodelle des globalen Menschenhandels absehbar. Schon jetzt zählt die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen 40 Millionen Menschen, die von „moderner Sklaverei“ betroffen sind. In 120 Ländern wurden nicht nur in den Schattenwirtschaften versklavte Menschen aus 140 verschiedenen Herkunftsländern identifiziert: in der Produktion von Smartphones und Palmöl, von Kosmetika und Kleidung, in der Lebensmittel- und Recyclingindustrie, in der Drogenwirtschaft und im Kriegsdienst, im Sexgewerbe und unter Haushaltshilfen. 150 Milliarden Dollar Profit werden jährlich mit Zwangsarbeit erwirtschaftet. Profiteure sind als Kund\*innen auch wir alle.

Dass die Verdammten dieser Erde weiter um eine lebenswerte Existenz kämpfen und versuchen, sich aus Gewalt und anderen Überlebensrisiken in vermeintlich sicherere Welten davon zu machen, ist der EU und ihren Mitgliedsstaaten ein wachsendes Ärgernis. Alles was an Propaganda, Gewalt und Rechtswidrigkeit zur Verfügung steht, wird gegen noch so übersichtliche Häufchen von schutzsuchenden Frauen, Kindern und Männern auf der Balkanroute, auf griechischen Inseln, in belarussisch-polnischen Wäldern oder auf den Meeren in Stellung gebracht. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex kollaboriert immer offener bei rechtswidrigen Pushbacks und streitet danach immer dreister alles ab. Das zu klären, wurde jetzt der Europäische Gerichtshof angerufen.

Doch unterm Strich lohnen sich die zunehmenden Verstöße der EU-Frontstaaten gegen internationales und europäisches Recht offenbar auch für Deutschland. Trotz fortgesetzter Fluchtgründe, wie sie zum Beispiel im Irak, in Syrien, Afghanistan, im Jemen, Äthiopien, in der Türkei und im Iran immer weiter eskalieren, blieben die bis Oktober registrierten 93.271 Asylanträge selbst unter Berücksichtigung der ca. 8.000 zuletzt aus Belarus vertriebenen Geflüchteten unter dem Niveau der bis zu diesem Monat 2019 gezählten.

Anderenorts zeigt sich: Auch wer Asyl bekommt, hat trotzdem nichts. In Griechenland zum Beispiel hält die massenhafte Obdachlosigkeit bei dort anerkannten Flüchtlingen an. Seit Anfang Oktober erhalten sie darüber hinaus auch keinerlei monetäre soziale Unterstützung mehr und sind der Bettelei anheimgestellt. Wer kann, wandert weiter. 34.000 Personen mit griechischem Schutzstatus befinden sich inzwischen im deutschen Asylverfahren. Doch anstatt den Betroffenen hierzulande ein Stück Zukunft zuzugestehen, verharrt das zuständige Bundesamt in dem von Gerichten schon mehrfach als rechtswidrig monierten Entscheidungsstopp und zwingt die Betroffenen unausweichlich in den u. U. jahrelangen Leistungsbezug durch die öffentliche Hand. Alles in allem ein von Vernunft weitgehend unbelastetes Verwaltungshandeln – selbst wenn es von der kalten Hoffnung auf baldige Rücküberstellungsmöglichkeit getrieben sein sollte. Denn anerkannte Schutzberechtigte aus Griechenland dürfen gemäß obergerichtlicher Entscheidungen grundsätzlich nicht zurückgeschickt werden, weil dort nicht einmal ihre elementarsten Grundbedürfnisse – „Bett, Brot und Seife“ – befriedigt werden.

Während den Kirchen bei der Erarbeitung ihres Gemeinsamen Worts zur Migration die Zivilgesellschaft aus dem Blick gerät, passiert das unserem Nachbarn Dänemark mit seiner demokratischen Rechtskultur. Möchte doch das Königreich am liebsten das territoriale Asylrecht entsorgen und Flüchtlinge regelmäßig völkerrechtswidrig in die in Syrien fortbestehenden Überlebensrisiken abschieben.

Schleswig-Holstein ist inzwischen federführend in ein länderübergreifendes jährlich 18 Millionen teures Abschiebungsregime eingestiegen. Das norddeutsche Abschiebungsgefängnis in Glückstadt hat 28 Millionen Euro Umbaukosten verschlungen und ist hinter martialischen sechs Meter hohen, grell ausgeleuchteten Mauern, aus denen es nicht einmal zum Arztbesuch ein kurzfristiges Entkommen geben soll, seit August im Betrieb. Volllast ist allerdings noch nicht angesagt. Zu wenig Vollzugspersonal hat offenbar Lust, den Lebensmittelpunkt an den dezentral gelegenen Standort zu verorten. Aber der Flüchtlingsrat wird da sein: Vertreten im Landesbeirat Abschiebungshaft und mit einem kleinen, aus privaten Drittmitteln finanzierten nachfrageorientierten Rechtsberatungsangebot.

Die nichtbehördliche Rückkehrberatung von hierzulande im Asylverfahren Erfolglosen finanziert das Land hingegen mit gut 600.000 Euro jährlich. Nicht wenig, wenn man bedenkt, wie konsequent und dem Koalitionsvertrag zum Trotz sich Jamaika ansonsten seit Jahren jeglicher Förderung behördenunabhängiger Verfahrens- bzw. Rechtsberatung für Geflüchtete und einer Clearingstelle für Papierlose verweigert.

Ob denn die neue Bundesregierung zur bis dato geltenden Aufenthaltsbeendigungspolitik den Paradigmenwechsel ausrufen wird, war bei Redaktionsschluss noch nicht zu erkennen. Den hierzulande in der Flüchtlingshilfe, für Bleiberecht und Zukunftschancengleichheit engagierten Akteur\*innen stellt sich indes die nächste lobbyistische Herausforderung. Denn im Mai 2022 findet die Landtagswahl in Schleswig-Holstein statt. Ob es im Zuge dessen künftig eine von großzügiger Aufnahmebereitschaft und unterschiedloser Integrationsförderung gekennzeichnete Flüchtlings- und Einwanderungspolitik geben wird, hängt auch davon ab, wie hörbar wir gemeinsam für eine solche eintreten.

Kiel, 14.11.2021

Martin Link

## Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 102 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Martin Link (v.i.S.d.P.), Gabi Köhler, Hanna Thorun · **Layout:** Kirstin Strecker · **Druck:** hansadruck, Kiel · **Fotos:** Titel (Azim Fakhri), Seiten 6, 8, 9, 12 (Kampagne Kein Ort für Kinder), Seite 7 (Montage FRSH), Seiten 13, 19, 21 (Farida Fakhri, Seite 24 (Medico), Seiten 28, 29 (Helsinki Foundation Poland), Seite 46 (Amnesty International), Seite 52 (Ludmilla Babayan), Seiten 53, 55, 56, 57, 59 (Reinhard Pohl), Seiten 62, 63 (Gedenkstätte Ahrensböök), Seite 72 (Tim Alsiofi) · **ISBN:** 978-3-941381-40-7

**Schlepper online im Internet:** [www.frsh.de/schlepper](http://www.frsh.de/schlepper)

**Förderung:** Das Projekt „Landesweite Flüchtlingshilfe“ wird gefördert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU und kofinanziert durch die UNO-Flüchtlingshilfe.

**Adresse:** Redaktion „Der Schlepper“ · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · [schlepper@frsh.de](mailto:schlepper@frsh.de) · [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

